

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 71 (1979)

Heft: 11

Artikel: Konjunktur, Löhne, Teuerungsausgleich

Autor: Hardmeier, Benno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konjunktur, Löhne, Teuerungsausgleich

Benno Hardmeier

Das Thema, das hier zur Diskussion steht, ist nicht etwa so zu verstehen, dass wir vom SGB aus für die angeschlossenen Verbände lohnpolitische Verhaltensrichtlinien herausgeben möchten. Wir wissen, wer für die Lohnpolitik zuständig ist. Wir respektieren die Aufgabenteilung zwischen Dachorganisation und Einzelgewerkschaften. Wir halten am dezentralisierten Lohn- und Vertragssystem fest. Ich erinnere daran, dass der SGB diesen Standpunkt im Tätigkeitsbericht 1975/77 bekräftigt hat.

Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage

Zunächst ist festzuhalten, dass unsere helvetischen Konjunktur- und Beschäftigungsprobleme insgesamt doch weniger gross sind als jene vieler anderer, vergleichbarer Industriestaaten. Das gilt insbesondere dann, wenn man die Arbeitslosenquote als Vergleich heranzieht. Zugegeben, das ist oberflächlich und unvollständig, teilweise gar irreführend. Als Gewerkschafter wissen wir, was und wieviel hinter den Zahlen verborgen bleibt, unter anderem der Abbau bei den Ausländern. Aber wir sollten doch die Relationen im Auge behalten.

Die momentane schweizerische Konjunkturlage hat sich aufgehellt. Die Erdölkrisse 1979 ist nicht von gleicher Wucht wie jene 1973/74. Ein Blick in die Tageszeitungen zeigt ein Überwiegen der positiven gegenüber den negativen Meldungen. Hier von Roll, Uhrenindustrie, Fremdenverkehr – um nur einige Schwachstellen zu nennen. Dort die Maschinenindustrie, die für das erste Halbjahr 1979 bessere Beschäftigung und Bestellungseingänge meldet, oder die Aluminiumindustrie mit vollausgelasteten Produktionskapazitäten, oder das Baugewerbe, wo – zwar auf tieferem Niveau als 1972 – die Erholung anhält, sich die Lage anspannt und vor allem der Wohnungsbau floriert. Bezeichnend ist auch, dass zwei an sich eher bedrängte Branchen wie die Papier- und die Textilindustrie mit guten Nachrichten überraschen. Man spricht von einem Papierboom. Die Textilindustrie verzeichnet zunehmende Aufträge, beklagt aber weiterhin die unbefriedigende Ertragslage.

Die Beispiele liessen sich vermehren. Doch wichtiger ist das Gesamtbild, sind die Konjunkturindikatoren. Kapazitätsauslastung und Bestellungseingänge der Industrie weisen aufwärts. Auch die Ausrüstungsinvestitionen nehmen zu, das heisst neue und bessere Einrichtungen und Maschinen. Im ersten Halbjahr sollen die Kreditgewährungen der Grossbanken um 10 Prozent zugenommen haben. Erhöht haben sich insbesondere auch die Baukredite. Die Exporte stiegen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 3,2 Pro-

zent. Mit 8,7 Prozent war die Importzunahme noch ausgeprägter, was auf einen Konjunkturaufschwung hindeutet. Die Exportausichten werden allerdings je nach Branche unterschiedlich beurteilt. Kein Wunder, wenn man an so gegenläufige Entwicklungen wie etwa zwischen Uhrenindustrie und chemische Industrie denkt. Hier eine Exportzunahme um 4,6 Prozent, dort eine -abnahme um 11,5 Prozent zwischen dem 2. Quartal 1979 und dem 2. Quartal 1978. – Während eine leicht verstärkte Investitionsneigung zu vermuten ist, gehen vom privaten Konsum kaum zusätzliche Auftriebsimpulse aus. Dazu mögen die Bevölkerungsentwicklung ebenso beitragen wie der rückläufige Fremdenverkehr, der verbreitete Sparwille und vermutlich eine gewisse Sättigung bei den dauerhaften Konsumgütern. Zu denken gibt auch der Rückgang der industriellen Produktion. Grund zur Euphorie besteht also nicht. Einige Ökonomen schliessen für 1980 einen erneuten Konjunktureinbruch nicht aus, nicht zuletzt weil sich die amerikanische Wirtschaftslage verschlechtert.

Schliesslich das, was die Gewerkschaften und Arbeitnehmer besonders interessiert: der *Arbeitsmarkt*. Auch da hat sich die Gesamtlage gebessert. Der Beschäftigungsindex hat leicht zugenommen (0,5 Prozent vom 2. Quartal 1978 zum 2. Quartal 1979). In die gleiche Richtung weist die Zunahme der Stelleninserate. Arbeitslose – rund 8000 oder 0,3 Prozent der aktiven Bevölkerung – und offene Stellen halten sich etwa die Waage. Weil diese Zahlen aber unvollständig sind, besagen sie nicht allzu viel. Es bleibt die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt labil und unausgeglichen ist. In verschiedenen Bereichen ist er ausgetrocknet – besonders im Baugewerbe, bei den Qualifizierten; bereits ist auch wieder vom Abwerben die Rede. Anderseits bereiten uns – wegen der menschlichen Schicksale und Notlagen – jene Branchen, Berufe und Arbeitnehmerkategorien Sorge, wo es offenbar schwerfällt, die Beschäftigungslücken zu schliessen.

Was aber bedeutet das alles für die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften? Vier Punkte sind hervorzuheben.

Erstens: Nicht nur die jetzige konjunkturelle Lage, sondern auch die Sicht auf künftige Probleme weisen darauf hin, dass sich die Wirtschaftspolitik mehr als bisher auf gezielte, auf sektorelle und regionale Eingriffe einstellen muss. Den Gralshütern der freien Marktwirtschaft, die nur Rahmenbedingungen setzen wollen, mag dies ein Greuel sein, nicht aber für uns.

Zweitens: Selbst wenn sich jetzt die Konjunkturlage gebessert hat, bleibt sie ungewiss. Die Nachfrage nach unseren Exportgütern hängt – abgesehen vom Wechselkurs – entscheidend von der Konjunktur in den wichtigsten Industriestaaten ab, und da bereiten vor allem die USA Sorgen. Beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist man eher pessimistisch. Es wird weltweit eine Zunahme von Arbeits-

losigkeit und Inflation befürchtet. Auch bei uns ist jedenfalls die Situation nicht so, dass man bremsen müsste. Dies sei vor allem jenen bürgerlichen Finanzpolitikern ins Buch geschrieben, die nichts anderes als das Sparen der öffentlichen Hand predigen. Auch das sind schlechte Ratgeber, die mit dem Hinweis auf die Erdölsteuerung einer restriktiveren Geldmengenpolitik das Wort reden und eine Abkehr von unserer Niedrigzinspolitik postulieren.

Drittens: Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium ist auszubauen, die Berufsbildung zu reformieren. Wir müssen ferner darauf beharren, den vorbeugenden Charakter der Arbeitslosenversicherung zu verstärken.

Viertens: Regionale Ungleichgewichte sind abzubauen. Regionalpolitik ist für uns ein wichtiger Teil der Beschäftigungspolitik. Schliesslich ist es nicht dasselbe, ob ein Betrieb in einer Region mit breitem Arbeitsplatzangebot schliesst oder in einer Randregion mit nur beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten. Nichts gegen den Bundesbeschluss über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen. Er ist ein Anfang. Doch müsste man wesentlich mehr Mittel einsetzen können. Und was bei der Beratung dieser Vorlage von bürgerlicher und Arbeitgeberseite an ideologischen Vorbehalten geäussert wurde, war schon fast grotesk.

An dieser Stelle einige Bemerkungen zur *Mobilität*.

Das Klagelied der Unternehmer über mangelnde Mobilität der Arbeitnehmer haben wir oft gehört. Aber es kommt aus der falschen Ecke. Nicht nur, weil wir unsererseits einiges über die verfehlte, weil einseitig profitorientierte Mobilität des Kapitals sagen könnten, sondern auch deshalb, weil es die Unternehmer in der Hand hätten, Mobilitätsanreize für Arbeitskräfte, die sie brauchen, zu verstärken. Materielle Anreize, aber auch andere, etwa indem man Arbeitsplätze attraktiver, menschengerechter gestaltet oder zu flexibleren Arbeitszeiten übergeht. – Wenn man drei Arten von Mobilität unterscheidet – berufliche, geographische und innerbetriebliche –, dann dürfte die Schweiz im internationalen Vergleich sowohl in der beruflichen als auch in der innerbetrieblichen Mobilität eher gut abschneiden. Die *berufliche Mobilität* wäre sogar noch weit besser, wenn Schule und Berufsbildung nach unseren gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen gestaltet wären. Weniger Drill auf bestimmte Tätigkeiten hin und dafür eine breitere Grundausbildung in der Berufslehre, das schafft die Basis für notwendige Anpassungen der Qualifikationen an technologische Änderungen. Was die *innerbetriebliche Mobilität* betrifft, muss das Mass für das Zumutbare gewahrt werden, worüber Betriebskommissionen und Gewerkschaften zu wachen haben. Mehr Mitbestimmung könnte auch hier noch manches verbessern.

Dass die *geographische Mobilität*, verstanden als Bereitschaft zur Verlegung des Wohnsitzes, nicht so gross ist, wie sich das Theo-

retiker wünschen mögen, ist bekannt, gilt aber nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Manager oder Politiker. Eine der Hauptursachen bestehender Mobilitätsbarrieren ist in unserem föderalistischen System zu suchen. Sicher ist es auch so, dass ausgerechnet die ohnehin benachteiligten Gruppen in ihrer Mobilität begrenzt bleiben: Ältere, Behinderte, Teilinvaliden, verheiratete berufstätige Frauen. Wir müssen uns im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik dieser Gruppen vermehrt annehmen. Die «Untersuchung über die Arbeit mit schwer vermittelbaren Arbeitslosen» vom Institut Kirche und Industrie des Kantons Zürich vermittelt ein Bild über psychische und materielle Probleme, die sich ergeben, wenn Ältere, Behinderte, Strafentlassene oder Ausländer arbeitslos und auf Stellensuche sind.

Zu den Zukunftsaussichten

Wie steht es mit der Energieversorgung? Was bescheren uns die neuen Technologien? Kann die Schweizer Industrie sich halten? Welche Branchen sind bedroht? Lässt sich die Vollbeschäftigung sichern? Das sind Fragen, die sich stellen und niemand mit Sicherheit beantworten kann. Wir wissen aber immerhin einigermassen, wo wir ansetzen müssten.

Die *Energieversorgung* bleibt ein Hauptproblem. Energie sparen, Energie besser nutzen, alternative Energien fördern, so lautet die Devise. Hoffen wir, dass es gelingt, die extreme Auslandabhängigkeit im Energiesektor abzubauen und uns ein Engpass in der Energieversorgung erspart bleibt. Letzteres scheint allerdings, sofern man auf den Entscheid des SGB-Kongresses abstellt, keine gewerkschaftliche Sorge zu sein. Denn der Vorschlag des SGB-Vorstandes wurde ja bekanntlich abgelehnt, in das SGB-Energiekonzept einen Passus einzufügen mit dem Hinweis, wonach im Falle unzureichender Energieversorgung zusätzliche Struktur- und Beschäftigungsprobleme entstehen könnten.

Grosse Sorgen bereitet die rasante *technologische Entwicklung*. Wir können und wollen als Gewerkschaften nicht dagegen Sturm laufen. Wir sind nicht technologiefeindliche Sozialromantiker. Wir verlangen aber, dass wir mitbestimmen können, und wollen eine umfassende soziale Absicherung für betroffene Arbeitnehmer. In der Schweiz und im Ausland sind die Gewerkschaften bestrebt, die Gesamtarbeitsverträge durch beschäftigungssichernde Forderungen und Bestimmungen zu ergänzen. (Vergleiche dazu den Artikel von Gerhard Gerlach im Septemberheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau», Seiten 253 ff.) Mit solchen zusätzlichen vertraglichen Regelungen und Absicherungen bekommen die Gesamtarbeitsverträge einen neuen Inhalt und vermehrtes Gewicht.

Voraussagen darüber, wie viele Arbeitsplätze *Mikroprozessoren* vernichten und allenfalls auch zusätzlich schaffen, sind fragwürdig,

zumal solche Änderungen selten nur auf einer einzigen Ursache beruhen.

Hoffentlich bringt eine eingeleitete Untersuchung des «Europäischen Gewerkschaftsinstituts» über Mikroprozessoren und Beschäftigung neue Erkenntnisse und weist Wege für gewerkschaftliches Handeln. Für uns bleiben auf jeden Fall Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherung oberste Ziele. Doch die Meinungen über die künftigen Beschäftigungsaussichten gehen auseinander. Manche Arbeitgeber sehen nur noch den Mangel an qualifizierten Fachkräften oder billigen Hilfsarbeitern. Andre, teilweise auch das BIGA, schliessen erneute Beschäftigungseinbrüche nicht aus. Wissenschaftliche Untersuchungen über die mittel- und längerfristigen Beschäftigungsaussichten in den verschiedenen Branchen wären notwendig. Es ist mir unverständlich, dass der Bundesrat einen parlamentarischen Vorstoss nicht annehmen will, der in diese Richtung zielt.

Wir wollen nicht den Finanzplatz Schweiz vernichten, nur auf ein zuträgliches Mass redimensionieren – und das im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Uns liegt vor allem daran, *unser Land als Industriestandort zu erhalten*. Wir können uns manches vorstellen, aber kaum eine Schweiz ohne Arbeiter.

Jedes Land hat bestimmte Standortvorteile und -nachteile. Und es ist keineswegs so, dass die Schweiz etwa nur industrielle Standortnachteile hätte. Zu den ins Gewicht fallenden Vorteilen gehören die leistungsfähige Infrastruktur, das günstige Zinsniveau, das manchen andern Kostennachteil wettmacht, die hohe Liquidität, weiter die durch die klein- und mittelbetriebliche Struktur mitbedingte Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, verbunden mit Wissen, Können, Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft auf allen Stufen, ferner die geordneten Sozialbeziehungen.

Die Märkte und damit die Absatzlage, die Technologie und die Versorgungsmöglichkeiten können sich rasch ändern. Unvorhersehbares kann fast überall passieren. Auch in Branchen und Betrieben, die als gesund gelten, sind *abrupte Strukturbrüche* nicht ausgeschlossen. Wir mögen da und dort einiges ahnen. Aber die Informationen sind meist zufällig und unvollständig; allein auf Ahnungen dürfen wir uns nicht verlassen. Für die Wirtschaftspolitik wäre es deshalb notwendig, über ein Instrument zu verfügen, das Strukturbrüche mit Beschäftigungsfolgen möglichst frühzeitig und zuverlässig erkennen lässt, also eine Art Frühwarnsystem. Gewisse Vorarbeiten dazu sind gemacht, etwa durch die Studienkommission für Preis-, Kosten- und Strukturfragen. Wir haben alles Interesse daran, dass diese Untersuchungen vorangetrieben werden und zu Resultaten führen. Dann aber bleibt immer noch die *Frage nach der Bereitschaft der Behörden zum Handeln*. In der oft fehlenden oder nur zögernden Bereitschaft zum Handeln und zum Eingreifen liegt eine der Schwä-

chen unseres politischen Systems, noch akzentuiert durch eine einseitige wirtschaftliche Machtverteilung.

Löhne, Lohnentwicklung, Verteilung

Ob die Schweiz das reichste Land ist, wissen wir wegen der Fragwürdigkeiten statistischer Vergleiche nicht genau. Es ist auch nicht entscheidend, höchstens in dem Sinne, dass es unser Gewissen belasten müsste. Eines aber wissen wir als Gewerkschafter auf jeden Fall: Das Pro-Kopf-Einkommen mag in unserem Land relativ hoch sein. Doch die Verteilung dieses sogenannten Reichtums ist nicht so, wie sie sein sollte. Sie entspricht bei weitem nicht unseren Vorstellungen von einer gerechten Verteilung.

Zu den Fakten. Und da zuerst zu dem, was die Arbeitnehmer am meisten interessiert: Die Lohnerhöhung. In den vergangenen zehn Jahren sind die Reallöhne insgesamt um rund ein Drittel angestiegen. Seit 1960 kommen wir sogar auf eine Reallohnsteigerung von etwa 70 Prozent. Das ist ein Leistungsausweis für die Gewerkschaften und ein Zeichen der Produktivitätszunahme. Weniger gut sieht für die Arbeitnehmer jedoch die jüngste Reallohnentwicklung aus. Die jährliche *Reallohnzunahme* gemäss Oktobererhebung schwächte sich von 1971 bis 1977 eindeutig ab. Hier die Zahlen:

1971 noch 5,4 Prozent Zunahme	1975 noch 2,5 Prozent Zunahme
1972 noch 3,4 Prozent Zunahme	1976 noch 1,2 Prozent Zunahme
1973 noch 2,3 Prozent Zunahme	1977 noch 0,8 Prozent Zunahme
1974 noch 2,2 Prozent Zunahme	

Ein Lichtblick bringt erst wieder 1978 mit 2,7 Prozent. Ein trübes Bild geben aber die jüngsten Zahlen. Die neuerliche Teuerung hat die nominellen Lohnerhöhungen mehr als aufgefressen. Zwischen dem 2. Quartal 1978 und dem 2. Quartal 1979 sind die Reallöhne um ein halbes Prozent gesunken. Auch wenn anzunehmen ist, dass sich das wieder korrigieren wird, braucht es dazu doch viel gewerkschaftlichen Einsatz. Es zeigt die Notwendigkeit unseres Kampfes um den vollen Teuerungsausgleich.

Man könnte die Sache noch komplizieren mit dem – an sich erfreulichen – Hinweis, dass der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen in den letzten zehn Jahren – Durchschnitt 1966/68 verglichen mit Durchschnitt 1976/78 – grösser geworden, nämlich von etwa 63 auf rund 68 Prozent angestiegen ist. Allerdings darf man die Aussagekraft dieser Zahlen nicht überschätzen. Denn sogenannte Struktureffekte dürften da hineingespielt haben wie Veränderungen in der Zahl der unselbständig und der selbständig Erwerbenden. Auch wenn wir nicht vergessen sollten, dass die Arbeitnehmer aus naheliegenden Gründen weniger an dieser Anteilsrechnung als vielmehr an der greifbaren Lohnerhöhung interessiert sind, ist in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Bemerkung anzubringen.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik zielt auf *Umverteilung*. Sie sollte sich deshalb nicht nur an Teuerungsausgleich plus Produktivitätsfortschritt orientieren. Die Forderung nach Teilhabe der Arbeitnehmer an den unverteilten Unternehmensgewinnen ist berechtigt. Die zweckmässigste Form einer solchen Arbeitnehmerbeteiligung ist nicht die individuelle Mitarbeiterbeteiligung, beispielsweise durch Arbeitnehmeraktien. Wir sollten vielmehr die Schaffung betrieblicher und/oder überbetrieblicher Fonds anstreben. Überbetriebliche Konzepte für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Wertzuwachs hätten den Vorteil, dass sich alle Arbeitnehmer – auch jene im öffentlichen Sektor – einbeziehen liessen. Die Unternehmen hätten demnach die entsprechenden Arbeitnehmeranteile an der Wertschöpfung an diese Fonds zu überschreiben. Vielleicht sollten wir uns eingehender mit der Möglichkeit und Zweckmässigkeit derartiger Beteiligungskonzepte befassen. Es geht um die Stossrichtung der gewerkschaftlichen Umverteilungspolitik.

Das als mögliche längerfristige Perspektive.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungsrunden geht es mehr um den *Teuerungsausgleich*. Und da werden sich die gewerkschaftlichen Verhandlungsdelegationen mit dem Ansinnen der Arbeitgeber auseinandersetzen müssen, beim Teuerungsausgleich nicht auf den Gesamtindex abzustellen, sondern auf eine Teuerungsrate ohne Benzin und Heizöl. Im jetzigen Zeitpunkt hiesse das: statt 4 Prozent weniger als 2 Prozent Teuerungsausgleich. Dem müssen wir uns ganz entschieden widersetzen. Wir können es mit guten Gründen. Wir haben vor nicht langer Zeit dem revidierten Konsumentenpreisindex zugestimmt. Das hat auch der SGB-Kongress in Lugano bestätigt, indem ein Antrag, der Gewerkschaftsbund solle einen eigenen Konsumentenpreisindex konstruieren, klar abgelehnt wurde.

Die Gewerkschaften haben sich auch dann an diesen Verständigungsindex gehalten, als sie ihn aus ähnlichen Gründen wie heute die Arbeitgeber ebenfalls hätten in Frage stellen können. Sie haben, als die Teuerung praktisch auf dem Nullpunkt war, auch nicht argumentiert, diese Situation sei nur (dank hohem Frankenkurs) den günstigen Importpreisen zu verdanken, man müsse deshalb diese Komponente ausklammern. Folglich dürfen wir heute mit gutem Recht verlangen und darauf beharren, dass der Teuerungseffekt im Erdölsektor voll berücksichtigt wird.

Es geht um eine sehr grundsätzliche Frage. Der Index ist ein Ganzes. Er muss die Preisentwicklung unverfälscht so registrieren, wie sie sich für die Konsumenten auf Grund einer festen Verbrauchsstruktur basierend auf den Haushaltungsrechnungen ergibt. Wenn man anfängt, einzelne Teile oder bestimmte Ursachen separat zu behandeln, dann stellt man das Ganze in Frage, und es begäne ein endloses Spiel. Dann kämen die Abstinenten und verlangten die

Ausklammerung der alkoholischen Getränke; die Eigenheimbesitzer wollten die Wohnungsmieten, die Vegetarier das Fleisch nicht mehr im Index haben usw. usw. – Das geht doch nicht. Es ist unverständlich, dass die Arbeitgeber aus kurzsichtigen Überlegungen den Weg der Indexspaltung beschreiten wollen. Die englische Premierministerin hat ein schlechtes Beispiel gegeben. Der Internationale Währungsfonds hätte gescheiteres zu tun, als den Verzicht auf den erdölbedingten Teuerungsausgleich zu propagieren. Französische Verhältnisse, wo verschiedene Indices bestehen, sind alles andere als wünschbar. Ein Indexpluralismus müsste die Lohnverhandlungen unnötig komplizieren und die Sozialbeziehungen belasten.

So wie wir mit dem revidierten Index der Neuerung zugestimmt haben, dass bei den Nahrungsmitteln die sogenannten Aktionspreise eben dann mit erfasst werden, wenn sie im Zeitpunkt der Preiserehebung in den entsprechenden Geschäften gelten, ist es eine Selbstverständlichkeit und logische Konsequenz, dass auch die Heizöl- und die Benzinpreise jeweils so in den Index einfließen, wie sie im Erhebungszeitpunkt vom Verbraucher bezahlt werden müssen. Im übrigen besteht wohl einige Hoffnung, dass sich die Jahressteuerung in den kommenden Monaten wieder etwas abflacht. Es ist nicht zu erwarten, dass bei uns die Teuerung zum inflationären Prozess wird. Eine hausgemachte inländische Teuerungswelle ist nicht in Sicht. Auf den internationalen Rohwarenmarkten zeichnet sich ein leichter Preisrückgang ab; der Frankenkurs hat sich doch ziemlich stabilisiert; es ist anzunehmen, dass die Amerikaner gegen das jüngste Absacken des Dollarkurses etwas tun.

Die Gewerkschaften können gar nicht anders, als den *vollen Teuerungsausgleich* verlangen. Es ist die minimalste gewerkschaftliche Lohnforderung, die unseren Mitgliedern nicht mehr und nicht weniger als die bisherige Lebenshaltung sichert. Das schliesst nicht aus, dass in begründeten Einzelfällen die Gewerkschaften mit sich reden lassen. Aber wirklich nur dort, wo die Existenz der Betriebe und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze auf dem Spiel steht. Es müssen begründete und beweisbare Ausnahmefälle bleiben.

Aber wir dürfen uns nicht mit dem Arbeitsplatzargument erpressen lassen. Das von Arbeitgebern und Unternehmern so gern vorgebrachte Argument, sie brauchten Gewinne – möglichst hohe natürlich – damit sie investieren und Arbeitsplätze schaffen können, dieses Argument hinkt insofern, als Gewinne an sich noch keine Garantie für ihre beschäftigungswirksame Verwendung sind. Hohe Profite geben nicht zwangsläufig Anlass zur Nachfrage nach Investitionsgütern und zur Erweiterung der Produktionskapazität. Sicher ist aber, und das ist unser Argument, dass höhere Löhne insgesamt die Nachfrage nach Konsumgütern beleben. Nach den marktwirtschaftlichen Regeln sollten solche Konsumbelebungen zusätzliche Investitionen auslösen.